

Pressemitteilung

3. April 2014

Mitgliederversammlung des Städtetages NRW in Mülheim an der Ruhr

Norbert Bude: „Leistungsfähigkeit der Städte sichern – Auseinanderdriften ist besorgniserregend“

Der Städtetag Nordrhein-Westfalen warnt davor, dass die Leistungsfähigkeit der Städte in Gefahr gerät. Das Auseinanderdriften in strukturstarke und strukturschwache Städte sei besorgniserregend. Darauf verwies heute der Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Oberbürgermeister Norbert Bude aus Mönchengladbach, im Anschluss an eine Ansprache von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in seiner Rede in Mülheim an der Ruhr vor den rund 450 Delegierten und Gästen der Mitgliederversammlung des kommunalen Spitzenverbandes. Sie steht unter dem Motto „Gute Dienstleistungen und Infrastruktur: Nur mit leistungsfähigen Städten“. Im weiteren Verlauf der alle zwei Jahre tagenden Versammlung ist am Mittag die Wahl eines neuen Vorsitzenden vorgesehen.

Zur Finanzsituation der Städte sagte Bude: **„Obwohl die finanzielle Lage der Kommunen sich insgesamt in den vergangenen beiden Jahren durch wachsende Steuereinnahmen auf den ersten Blick positiv entwickelt, gibt es keinen Anlass zur Entwarnung.“** Die Kassenkredite der Kommunen in NRW stiegen 2013 auf inzwischen mehr als 25 Milliarden Euro. Das ist Rekordniveau und macht etwa die Hälfte der bundesweiten Kassenkredite aus, der Finanzierungssaldo der NRW-Kommunen liegt entgegen dem bundesweiten Durchschnittswert mit minus 92 Millionen Euro in den roten Zahlen. **„Wenn die eine Hand auf der heißen Herdplatte und die andere Hand im Eisfach liegt, ist der Mensch eben statistisch gesehen wohl temperiert. Die Wirklichkeit ist leider komplexer.“**

Mit dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ habe das Land Ende 2011 dringend notwendige und vom Städtetag Nordrhein-Westfalen seit Jahren eingeforderte Konsolidierungshilfen auf den Weg gebracht. Dass sich das Land aufgrund der massiven Proteste gegen die Solidaritätsumlage inzwischen entschlossen hat, diese abzumildern und in die Finanzierung der zweiten Stufe des Stärkungspakts einzusteigen, sei ein Schritt in die richtige Richtung. Für eine insgesamt zufriedenstellende Finanzierung seien aber weitere Schritte erforderlich.

„Der größte Teil der Wegstrecke liegt noch vor uns. Mit der Evaluation des Stärkungspakts Stadtfinanzen muss auch die Möglichkeit einer dritten Hilfsstufe und einer Ausweitung der Hilfen geprüft werden. Wir wissen, dass die finanziellen Handlungsspielräume des Landes begrenzt sind. Wir wissen daher auch, dass unsere Forderungen unbequem und mühsam sind. Doch auch den Kommunen mutet der Stärkungspakt Enormes zu. Die Umsetzung ist vor Ort wahrlich kein Spaziergang“, machte der Städtetagsvorsitzende deutlich. Das Land stelle über die Laufzeit des Stärkungspakts ein beachtliches Gesamtvolumen für Hilfen zur Verfügung. Diese Hilfen, so Bude weiter, wirken aber nur flankierend, indem sie den Kommunen einen Zeitgewinn verschaffen. Wenn Bund und Land nicht weitere strukturell wirkende Entlastungen beschließen, müssen die

Kommunen die bestehende strukturelle Lücke bis 2020 vollständig aus eigener Kraft schließen.

Zum Reformvorhaben Schuldenbremse verwies der Vorsitzende auf die Zusage im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass die landespolitische Umsetzung der Schuldenbremse nicht auf dem Rücken der Kommunen erfolgen wird. Das sei wichtig und richtig und werde auch durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von Anfang 2013 deutlich untermauert. Darin hatte das höchste Verwaltungsgericht die Mindestfinanzausstattung der Kommunen als absolute Untergrenze, als „abwägungsfesten Mindestposten im öffentlichen Finanzwesen des jeweiligen Landes“ betont. Dies müsse Eingang in die Arbeit der Verfassungskommission in NRW finden, forderte Bude.

Kommunale Sozialausgaben und der Koalitionsvertrag auf Bundesebene

Es zeige sich, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem haben. Besonders markant sei die überproportionale Belastung nordrhein-westfälischer Kommunen mit sozialen Leistungen: **„Die hohen Belastungen mit Sozialausgaben kumulieren in besonderer Weise in den großen und größeren Städten“**, betonte Bude. Deshalb müssten die Kommunen bei den Sozialausgaben zügig entlastet werden. **„Die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwischen CDU, CSU und SPD in Aussicht gestellten deutlichen Entlastungen der Städte von steigenden Sozialausgaben sind eine wichtige Hilfe, dulden aber keinen Aufschub in die nächste Legislaturperiode“**, sagte Bude. Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und müsse deshalb vom Bund schnellstmöglich mitfinanziert werden.

Beispielhaft für wachsende Sozialkosten machte Bude auch auf die finanziellen Folgen durch steigende Flüchtlingszahlen aufmerksam. Das Land beteilige sich an den Kosten, die den Kommunen für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes entstehen, durch eine Fallpauschale. **„Allerdings deckt diese Pauschale im Schnitt etwa nur 20 Prozent der Kosten, die den Kommunen für die Unterbringung und für die Leistungen an die Asylbewerber entstehen. Dazu kommt, dass keine Erstattungen für geduldete Flüchtlinge gezahlt werden und geeignete Flüchtlingsunterkünfte fehlen. Hier wird das Land nachbessern müssen“**, betonte der Städtetagsvorsitzende.

Ausbau der Kinderbetreuung

Mit großen finanziellen und organisatorischen Kraftanstrengungen hätten die Städte in NRW zum 1. August 2013 den Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr größtenteils gewährleisten können. Bude: **„Auch wenn nicht alle Bedarfe und vor allem nicht alle Elternwünsche nach diesem oder jenem Platz in allen Fällen befriedigt werden konnten, so kann man doch mit einem gewissen Stolz feststellen, dass die im Vorfeld des 1. Augusts befürchtete Klagewelle ausgeblieben ist.“**

Quantitativ gebe es allerdings nach wie vor einen Ausbaubedarf, vor allem in den Großstädten. **„Wir rechnen perspektivisch mit einem Betreuungsbedarf für Kinder unter drei Jahren von 50 bis zu 60 Prozent, weil die Nachfrage steigt. Aber auch der qualitative Ausbau der Betreuungsangebote wird zukünftig noch stärker in den Mittelpunkt rücken. Für beides – quantitativen und qualitativen Ausbau – brauchen die Kommunen weitere Unterstützung durch Land und Bund“**, so Bude in seiner Rede anlässlich der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW.